Anlage 2 Kindertageseinrichtungen

Die Kindertageseinrichtungen erbringen Leistungen nach § 22 SGB VIII. Die Umsetzung des Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsauftrages dient der Förderung der Entwicklung und der Erziehung zur eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit der Kinder. Dazu gehört es auch, sie vor Gefahr für ihr Wohl zu schützen.

1. Gefährdungseinschätzung der Fachkräfte

1.1 Vermutet eine Mitarbeiterin in einer Kindertageseinrichtung, dass gewichtige Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Wohls eines Kindes vorliegen, informiert sie die Leitungskraft der Kindertageseinrichtung.

1.2 Zwischen der unter 1.1 genannten Mitarbeiterin und der Leitungskraft findet – ggf. unter Beteiligung weiterer Mitarbeiterinnen – auf der Basis der von der Mitarbeiterin genannten Anhaltspunkte umgehend eine gemeinsame Einschätzung statt, ob tatsächlich gewichtige Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Kindeswohls vorliegen. Hilfreich für diese Einschätzung sind die „Erläuterungen zum Begriff der Kindeswohlgefährdung“ gemäß Anlage 1 zu dieser Dienstanweisung.

1.3 Kommen die Fachkräfte der Kindertageseinrichtung hierbei zu dem Ergebnis, dass gewichtige Anhaltspunkte vorliegen können, wird eine „hinsichtlich der Kindeswohlgefährdung erfahrene Fachkraft“ hinzugezogen. Wer „insoweit erfahrene Fachkraft“ ist, ergibt sich aus der im Amt für Kinder, Jugend und Familienberatung geführten Liste, die allen Mitarbeiterinnen zur Verfügung gestellt wird.

1.4 Gemeinsam mit der „insoweit erfahrenen Fachkraft“ nehmen die betroffene Mitarbeiterin und die Leitungskraft eine Gefährdungseinschätzung vor und erarbeiten Vorschläge, welche erforderlichen und geeigneten Hilfen angezeigt sind, um das Gefährdungsrisiko abzuwenden und dokumentieren diese.

2. Einbeziehung der Erziehungsberechtigten¹ und des Kindes

2.1 Auf der Basis der erarbeiteten Dokumentation erfolgt eine Einbeziehung der Erziehungsberechtigten, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes nicht in Frage gestellt wird. Durch wen die Kontaktaufnahme stattfindet wird im Einzelfall festgelegt. Kommen mehrere Erziehungsberechtigte in Betracht, muss sachgerecht im Einzelfall entschieden werden, wer einbezogen wird.

2.2 Je nach Alter des Kindes wird dieses einbezogen, ab Vollendung des 3. Lebensjahres erfolgt grundsätzlich eine Einbeziehung, wenn nicht dadurch der wirksame Schutz des Kindes in Frage gestellt wird.

3. Hinwirken auf die Inanspruchnahme von Hilfen

3.1 Ergibt sich aus den Kontakten zu diesen Personen die Notwendigkeit, dass zur Sicherung des Kindeswohls Hilfen in Anspruch genommen werden, so werden den Erziehungsberechtigten Wege und Möglichkeiten für die Inanspruchnahme von Hilfen aufgezeigt. Nehmen die Erziehungsberechtigten entsprechende geeignete und notwendige Hilfen in Anspruch, so soll dies auf der Basis nachvollziehbarer Absprachen mit den Erziehungsberechtigten insbesondere zu dem Inhalt der Hilfen, zum Umfang und mit einem konkreten und bindenden Zeitplan geschehen.

3.2 Die Leitungskraft vergewissert sich, dass die vereinbarten Hilfen nach dem Zeitplan in Anspruch genommen werden und dass dadurch der Kindeswohlgefährdung wirksam begegnet wird.

4. Information an den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD)

4.1 Erscheinen der Leitungskraft die von den Erziehungsberechtigten angenommenen Hilfen als nicht ausreichend, wird von den Erziehungsberechtigten

¹ **Erziehungsberechtigte** sind der Personensorgeberechtigte und jede sonstige Person über 18 Jahre, soweit sie aufgrund einer Vereinbarung mit dem Personensorgeberechtigten nicht nur vorübergehend und nicht nur für einzelne Verrichtungen Aufgaben der Personensorge wahrnimmt (§ 7 Abs. 1, Satz 6 SGB VIII). „Erziehungsberechtigter ist auch der nicht sorgeberechtigte Vater eines nicht ehelichen Kindes, der – mit oder ohne Lebensgemeinschaft mit der Mutter – das Kind oder den Jugendlichen regelmäßig und nicht nur stundenweise betreut sowie der Stiefelternteil in einer Zweitehe oder der nichteheliche Lebenspartner des Personensorgeberechtigten. Erziehungsberechtigter kann im Einzelfall auch eine verwandte Person sein (Großeltern, Tante, Onkel), die regelmäßig und nicht nur stundenweise das Kind betreut sowie eine „fremde“ Tagespflegeperson (§23 Abs.1 SGB VIII)“ (*Wiesner SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe, Kommentar, München 2011*). Analog dazu sind auch die Erzieherinnen in Kindertageseinrichtungen erziehungsberechtig.

keine Hilfe angenommen oder kann sich die Leitungskraft nicht Gewissheit darüber verschaffen, ob durch die mit den Erziehungsberechtigten vereinbarten Hilfen der Kindeswohlgefährdung wirksam begegnet werden kann, so informiert sie die Erziehungsberechtigten darüber, dass eine Information an den ASD erfolgt.

4.2 Die Information an den ASD enthält Aussagen zu den gewichtigen Anhaltspunkten für die Kindeswohlgefährdung, zu der mit der „insoweit erfahrenen Fachkraft“ vorgenommenen Gefährdungseinschätzung, zu den den Erziehungsberechtigten benannten Hilfen und dazu, inwiefern die erforderlichen Hilfen nicht bzw. nicht ausreichend angenommen wurden oder die Leitungskraft sich nicht ausreichend Gewissheit über die Wirksamkeit der Hilfen verschaffen konnte.

4.3 Die Information an den ASD enthält regelmäßig personenbezogene Daten, ggf. auch solche, die dem besonderen Vertrauensschutz des § 65 SGB VIII unterliegen können. Obwohl eine Weitergabe der Information an den ASD grundsätzlich nur mit Einwilligung der Betroffenen möglich ist, ist aufgrund der nach dieser Dienstanweisung vorgenommenen sorgfältigen Einschätzung hinsichtlich gewichtiger Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Wohls des Kindes eine Informationsweitergabe an den ASD ohne Einwilligung der Betroffenen rechtlich regelmäßig nach § 4 KKG und § 65 Abs. 1 Nr. 5 SGB VIII zulässig.

5. Dringende Gefahr für das Wohl des Kindes

Ist die Gefährdung des Kindeswohls so aktuell, dass bei Durchführung der vorstehenden Verfahrensabläufe mit großer Wahrscheinlichkeit das Wohl des Kindes nicht adäquat gesichert werden kann, so liegt ein Fall der dringenden Kindeswohlgefährdung vor. Dies gilt auch für die Fälle, in denen die Erziehungsberechtigten nicht bereit oder in der Lage sind, bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos mitzuwirken. In diesen Fällen ist eine unmittelbare Information an den ASD zwingend erforderlich.